

13./4. 1918.

13
9**Ernährungsfragen.**

□ Berlin, 12. April. (Drahtbericht.) Im verstärkten Staatshaushalts-Ausschuß des Abgeordnetenrauses wurde am Freitag beim Etat des Staatsministeriums Beschwerde erhoben gegen die Bundesratsverordnung, deren § 1 die Landeszentralbehörden ermächtigt, den Fremdenverkehr in Heilbädern, Kurorten, Erholungsplätzen sowie sonstigen Orten mit unter 6000 Einwohnern zu beschränken. Der Staatskommissar für Volksernährung rechtfertigte diese Bestimmung. Im weiteren Verlauf der Erörterung erklärte aber der Vizepräsident des Staatsministeriums, daß die Staatsregierung die Angelegenheit noch einmal prüfen werde, zumal da er diese auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassene Bundesratsverordnung vorher nicht gelesen habe.

Darauf begann die Beratung der Ernährungsfragen und zwar mit dem Bericht des Abgeordneten Dr. Hoesch (R.). Er führte aus, daß die Ernährungsverhältnisse sich außerordentlich schwierig gestaltet hätten. Unsere ganze Ernährungsorganisation, insbesondere das Kriegsernährungsamt, könne den gestellten Aufgaben nicht genügen. Auf die Einfuhr aus der Ukraine könne man sowohl wegen der Preise als auch wegen der Beförderungsschwierigkeiten keine allzu großen Hoffnungen setzen. Der zweite Berichtstatter, Abgeordneter Lippmann (Wt.), verteidigte den Ernährungsbeirat und bemängelte die Nichtinberufung des aus Reichstagsabgeordneten bestehenden großen Beirates. Sehr nachdrücklich wies er auf die Notwendigkeit einer genügenden Versorgung der Gastwirtschaften und Gasthöfe hin. Für den Plan einer Erfassung der Vorräte durch die in Genossenschaften zusammengeschlossenen Gastwirte selbst vermochte sich der Redner nicht auszusprechen. Dagegen erklärte er sich mit der jetzt erlassenen Verordnung durchaus einverstanden.

Der Staatskommissar für Volksernährung, Staatssekretär von Waldow, betonte, daß die Mitglieder des Ernährungsbeirates sich seit Jahren mit diesen Fragen beschäftigen und sehr nützliche Arbeit leisten. Eine vollkommen befriedigende Lösung der Ernährungsfrage müsse an der Knappheit der Vorräte scheitern. Ob die Brottration aufrecht erhalten werden könne, hänge auch davon ab, was wir aus der Ukraine bekämen, aber es bestehe die größte Hoffnung, daß wir ohne erhebliche Notstände bis zur nächsten Ernte durchkommen. Die nach Oesterreich-Ungarn gelieferten Nahrungsmittelmengen waren nicht erheblich. Die seinerzeit dorthin gelieferten 4500 Tonnen Mehl sind bereits wieder in Rücklieferung begriffen. Die mangelhafte Fleisch- und Milchversorgung sei in erster Linie auf die schlechte Futtermittelernte, nicht aber auf die Maßnahmen des Kriegsernährungsamtes zurückzuführen. Ohne die seinerzeitige große Schweineabschlachtung wären wir nicht durchgekommen.